

Von Karl Hafen, Geschäftsführender Vorsitzender der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Frankfurt am Main

Russland:

Die nächste Rolle rückwärts von Putin?

Gedenkstätte Perm-36 vor der Schließung bewahren

1975 veröffentlichte die IGFM ein Dokument der „Initiativgruppe für die Verteidigung der Menschenrechte in der UdSSR“, unterzeichnet von Tajana Welikanova, Sergej Kowalew, Grigorij Podjapolskij, Tatjana Chodorowitsch über eine Aktion von politischen Gefangenen, die gleichzeitig in mehreren Haftanstalten und Straflagern am 30. Oktober 1974 stattfand. Die politischen Gefangenen der UdSSR wollten mit Hungerstreiks und anderen Ungehorsamsformen auf die unmenschliche Lage in den Haftanstalten und Arbeitslagern und die Lage der Menschenrechte in der Sowjetunion aufmerksam machen. In der Sowjetunion galt zumindest in der Bürgerrechtsszene der 30. Oktober seitdem als „Tag des politischen Gefangenen“. Das Dokument der Initiativ-Gruppe nennt die Lager Perm Perm-36 und Perm-37. Je nach Schwere der Strafe gab es unterschiedliche „Regimes“. So gab es Lager einfachen, verstärkten, strengen und besonderen Regimes. In Perm-36 saßen die besonders gefährlichen Verbrecher ein, dazu gehörten auch die, die wegen „Verbrechen gegen den sowjetischen Staat“ verurteilt worden waren, nach unserem Verständnis politische Gefangene, z.B. Mitglieder der Helsinki-Gruppen, die sich für die Achtung der Menschenrechte eingesetzt hatten. Fallakten der IGFM nennen Insassen wie die Bürgerrechtler Sergej Kowaljow, Lev Lukjanenko, Valerij Makarenko, Jurij Litvin, Wassil Stuss und andere.

Das Lager Perm-36 wurde 1943 errichtet und 1987 geschlossen. Seit 1994 bemühten sich ehemalige politische Gefangene und „Memorial“ erfolgreich um den Aufbau einer Gedenkstätte; übrigens der bis heute einzigen Gedenkstätte für die politischen Gefangenen auf russischem Boden.

Im Januar 2014 wurde die Finanzierung eingestellt, Strom- und Wasserversorgung abgestellt. Die Lage der Gedenkstätte "Perm-36" hat sich weiter verschlechtert. Der bisherige Träger des Museums - die unabhängige, in der lokalen Zivilgesellschaft verwurzelte Nichtregierungsorganisation "Perm-36" - wird entgegen aller vorherigen Absprachen aus der Leitung der Gedenkstätte gedrängt. seit April 2014 ist die Gedenkstätte faktisch geschlossen. Die Mitarbeiter des Museums wurden bereits im Mai entlassen und inzwischen ist von der Permer Regionsregierung eine neue opportune Museumsdirektorin eingesetzt worden. In einer Fernsehsendung des russischen Kanals NTW wurden die Gründer und ehemalige politischen Gefangenen verleumdet. Begründet wird die Schließung damit, dass bei Gründung des Lagers „Kollaborateure der deutschen Faschisten“ dort ihre Strafe verbüßt hätten und die Gedenkstätte somit eine faschistische und staatsfeindliche Einrichtung sei. Tatsächlich hatten auch Kriegsverbrecher dort eingesperrt, aber sie standen nicht im Mittelpunkt des Gedenkens. Welche Ziele hinter der gegenwärtigen Verstaatlichung des Museums stehen, wurde deutlich, als bei Gesprächen zwischen der inzwischen abgesetzten Museumsleitung und der Gebietsregierung von letzterer der Vorschlag unterbreitet wurde, einen Beirat von ehemaligen Mitarbeitern des Föderalen Strafvollzugsdienstes - also ehemaligen Lageraufsehern - für das Museum zu gründen und diesen in die Entwicklung von Ausstellungen einzubeziehen. Währenddessen haben Arbeiter bereits am 15. Juli entweder vorsätzlich oder aus Unkenntnis die Torschleuse des Lagers zerstört. Am 22. Juli wurden russische, polnische und deutsche Museumspädagogen und junge Historiker, die sich als Teilnehmer eines langjährigen Kooperationsprojekts zum Thema Menschenrechtsbildung zwischen "Perm-36" und den Gedenkstätten "Bergen-Belsen" und "Auschwitz-Birkenau" auf

dem Gelände des Museums befanden, von Polizisten kontrolliert. Die offizielle Begründung dafür war, dass man gegen illegale Einwanderung vorgehe und extremistischen Tätigkeiten vorbeugen möchte. Derzeit ist die Nichtregierungsorganisation "Perm-36" gezwungen, ihre Ausstellungen in "Perm-36" abzubauen und deren Abtransport vorzubereiten. Gleichzeitig forderte die Regionalregierung des Permer Gebiets in einer Presseerklärung vom 23.7.2014 die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von "Perm-36" auf, "politische Tätigkeiten" zu unterlassen und setzte darüber hinaus die Beauftragte für Menschenrechtsfragen der Region Perm Tatjana Margolina unter Druck, die sich vor Ort um Vermittlung bemüht.

Anita Ni, die ihren Dienst als Bundesfreiwillige bei der IGFM vor einem Monat beendet hat, hat im Juli 2014 im Rahmen des internationalen Jugendtreffens „Kvartira“ organisiert von „Youth Memorial“ das Lager und die Gedenkstätte Perm-36 besucht. Sie sieht, wie wir auch, den russischen Präsidenten Putin dahinter, der, getragen von der durch die einseitige Berichterstattung beeinflussten russischen Mehrheit, mehr und mehr Verbote erlässt und die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen behindert. Gemeinsam mit anderen Jugendlichen konnte sie mithelfen, die in einem Zimmer der Ausstellung gelagerten Dokumente Memorial zurückzugeben und vor der Beschlagnahme – vorläufig – zu retten. Frau Ni hielt als letzte Eindrücke fest: *„Der Ort des ehemaligen Straflagers selbst ruft schon eine eigene Atmosphäre von Leid, Hunger und Tod hervor und wie passend dazu war auch der Wind eiskalt und schneidend und selbst in den windgeschützten Baracken konnte ich mich in meinen drei Schichten nicht aufwärmen. So als wäre die emotionale Kälte und Härte von früher immer noch präsent. Und dabei der ständige Gedanke, dass die Tausenden Häftlinge dem nicht nach einem halben Tag entfliehen konnten, sondern über Jahre hinweg, tagtäglich körperliche Schwerstarbeit leisten mussten.*

Was es aber erst zu einem unvergesslichen Besuch machte, war die Führung, durchgeführt vom Vorsitzenden von Memorial, Robert Latypov. Durch seine Darstellungen des Lebens in der Straflagerzone und einzelner Schicksale wurde dieses Stück Geschichte greifbarer. Aber in naher Zukunft, eigentlich heute schon wird es für niemanden mehr so erlebbar sein, denn Robert äußerte gleich zu Beginn seine Befürchtung, dass dies seine letzte Führung über das Gelände sein könnte!

Und da war es wieder, dieses Bewusstsein über die aktuellen politischen Hintergründe, die man doch nicht durchschauen kann, obwohl man irgendwie im Kleinen schon ein Teil des Ganzen ist. Aber Fakt ist, dass dieses einmalige Museum erhalten bleiben muss, dass diese Erinnerungen weitergegeben werden müssen!“

Dahinter steht das Gesamtkonzept Putins, der an verschiedenen Fronten an der Restaurierung der Sowjetunion arbeitet. Aktuell steht der Ukraine-Konflikt im Fokus. Nicht vergessen werden dürfen die bereits geschehene Gleichschaltung der Medien und die systematische Bekämpfung der Nichtregierungsorganisationen. Nachdem er die Öffnung der KGB-Archive verhindert hat, soll nun dem Gedenken an die Schrecken des Sowjetsystems das Ende bereitet werden. Auch das kommentierten die Bürgerrechtler bereits 1974: *„Den besten Beweis für die Unmenschlichkeit der Haftbedingungen liefern die Machthaber selbst: Jedwede Mitteilungen über die innere Ordnung, die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Straflagern sind strengstens verboten.“*

Das Gedenken an die Opfer dunkelster Zeiten in Deutschland ist mehr als Geschichtsvermittlung, es ist uns Erinnerung, Aufarbeitung und Mahnung. Es ist notwendiger Teil der Versöhnung. Diese Erinnerungskultur muss auch in Russland wachgehalten werden. Darum unterstützt die IGFM den Aufruf der Permer Regionalvereinigung der Gesellschaft Memorial an den russischen Präsidenten Putin und fordert, die Gedenkstätte die Geschichte politischer Repressionen „Perm 36“ vor der

Schließung zu bewahren, die Wiederaufnahme der Museumstätigkeit auf Grundlage der vertraglich vereinbarten zivilgesellschaftlich-staatlichen Zusammenarbeit zu ermöglichen und die Direktorin Tatjana Kursina wieder einzusetzen. Und auch Sie können sich anschließen.

Die IGFM ist, was die Sowjetunion angeht, Teil der Erinnerungskultur, auf die Putin keinen Einfluss nehmen kann. Darum haben wir mit Hilfe von Ehrenamtlichen begonnen, Porträts der von der IGFM betreuten Bürgerrechtler und politischen Gefangenen der Sowjetunion in Form eines Lesebuchs in Deutsch und Russisch und in einer Internetversion aus weitgehend unbekanntem Schriftverkehr und Samisdatquellen zu erstellen. Die ersten 20 Porträts werden bis Weihnachten vorliegen. Die Kosten der ersten Auflage sollen 10.000 € nicht übersteigen.

Zeitdokument

DER 30. OKTOBER 1974

Erklärung der Initiativegruppe zum Schutz der Menschenrechte in der UdSSR

Es ist bekannt geworden, daß die Häftlinge einiger Lager in Mordwinien und im Gebiet Perm den heutigen Tag des 30. Oktober zum Tag der politischen Häftlinge erklärt haben.

Wir bitten die Journalisten und die unabhängigen Presseagenturen darüber ausführlich zu berichten und ihre Leser wieder an die Leiden unserer Freunde in den Gefängnissen, den psychiatrischen Anstalten und den Lagern und an deren schweren Kampf um die Menschenrechte zu erinnern.

Wir bitten, darüber auch jenen internationalen Organisationen zu berichten, die sich die Sorge um die Menschenrechte auf der Grundlage der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte zum Ziel gesetzt haben.

Wir hoffen, daß viele Menschen in verschiedenen Ländern diesem Leid und diesem Kampf gegenüber nicht gleichgültig bleiben und die politischen Gefangenen in der Sowjetunion unterstützen werden. Der Begriff "politischer Gefangener" wird in unserem Lande offiziell nicht gebraucht: im Gegenteil, die Regierung behauptet, daß es keine politischen Gefangenen in der Sowjetunion gäbe. Jene, die man überall sonst politische Gefangene nennt, werden dem Strafkodex gemäß als "besonders gefährliche Staatsverbrecher" oder als "Verbrecher gegen die Staatsordnung" verurteilt. Eine der wichtigsten Ursachen dafür ist wahrscheinlich die von der Regierung heuchlerisch erhobene Forderung, die politischen Gefangenen in anderen Ländern zu befreien. Bei uns aber gibt es da niemand zu befreien.

Indessen werden vor Gericht politische Anklagen erhoben über die Verbreitung von angeblich bewusst falschen Erfindungen, die das Regime verleumden, seine Macht schwächen oder untergraben würden. Diese Anklagen beziehen sich auf einen bedeutenden und sich ständig wachsenden Teil der politischen Gefangenen, die in irgendeiner Weise mit der unzensurierten Literatur - dem Samisdat - verbunden sind, welche an sich durch kein Gesetz verboten ist. Es ist kein einziger Fall bekannt, in dem eine Anklage wegen „Verleumdung“ vor Gericht bewiesen oder auch nur ernsthaft untersucht worden wäre. Dieser Zynismus unserer Untersuchungsbehörden und Gerichte ist bereits allgemein bekannt und hat zur Folge, daß in unserem Lande solche natürlichen Äußerungen der einfachsten schöpferischen Aktivität strafrechtlich verfolgt werden, wie der Austausch von Information oder das Bestreben, sich über irgendwelche Fragen ein eigenes Urteil zu bilden. So entsteht eine paradoxe Situation - das Gericht legt einem Menschen politische Zielsetzungen zur Last und, nachdem es diesen dafür verurteilt hat, erklärt es ihn zu einem Straftäter. Daher besteht diese Gruppe der politischen Häftlinge aus Menschen, die sich

wegen politischen Bestrebungen der Machthaber, unabhängiges Denken zu unterdrücken, in Haft befinden.

Eine andere große Kategorie der politischen Häftlinge, die ebenfalls aus politischen Motiven verfolgt werden, sind Menschen, die wegen ihrer religiösen Überzeugung verurteilt werden, obwohl deren Glaubensfreiheit offiziell proklamiert wird. Sie werden verurteilt wegen Teilnahme an Gottesdiensten, wegen Herstellung und Verbreitung religiöser Schriften, wegen der Vorbereitung der Kinder auf die Kommunion usw. - d.h. meistens wegen solcher Handlungen, die von der Religion ausdrücklich vorgeschrieben oder eine unmittelbare Folge der grundlegenden Dogmen sind.

Sehr viele sind in Haft, weil sie für sich und andere eine Erlaubnis auf Ausreise aus der UdSSR erwirken wollten oder wegen eines Fluchtversuchs ins Ausland.

Schließlich gibt es in den Straflagern zahlreiche Vertreter nationaler Bewegungen, die verschiedene Ziele verfolgten, so z.B. die Rückkehr in ihre Heimat nach der Zwangsdeportation (die Krimtataren) oder eine größere kulturelle Unabhängigkeit (die ukrainische Kulturopposition).

Neben Vertretern solcher Bewegungen findet man in den Straflagern auch Menschen, die mit eindeutig politischen Aktionen aufgetreten sind, z.B. mit der Forderung, ihre Republik (die Ukraine, die drei Baltischen Republiken) aus dem Verband der Union zu lösen, und zwar unter Berufung auf das nationale Selbstbestimmungsrecht - ein Recht, das in der Sowjetunion deklariert, aber durch kein rechtmäßiges Verfahren gesichert ist.

Die Gesamtzahl der politischen Gefangenen unterliegt in der Sowjetunion der strengen Geheimhaltung, genaue offizielle Angaben darüber gibt es nicht. Allein in den drei Straflagern Mordwiniens und den zwei Perm-Lagern befinden sich etwa tausend Häftlinge. Es gibt keine bestimmten Angaben über andere Straflager der Sowjetunion, wo ebenfalls politische Häftlinge gehalten werden. Man kann nicht die Anzahl der politischen Häftlinge feststellen, die sich in den sogenannten "Lagern allgemeinen Vollzugsregimes" befinden, verurteilt wegen "Verbrechen gegen die Staatsgewalt" (Art.191 Strafkodex der RSFSR) oder die Zahl der vielen Gläubigen, die wegen Kriegsdienstverweigerung oder wegen bestimmter religiöser Handlungen verurteilt sind. Außerdem kennt man Fälle, in denen falsche Anklagen nach strafrechtlichen Paragraphen des StGB erhoben wurden (das bekannteste und keineswegs einzige Beispiel ist die Verurteilung von A. Feldmann wegen ‚Rowdytums‘). Berücksichtigt man das alles, so darf man annehmen, daß die tatsächliche Zahl der politischen Gefangenen die von uns angeführte Zahl um Vieles übersteigt.

Wir wollen nicht über das Regime in den Haftanstalten schreiben. Ausführlich berichten darüber die Häftlinge selbst sowie andere Mitteilungen aus den Lagern, die zu veröffentlichen wir für unsere Pflicht hielten. Solche Berichte enthält auch der vor kurzem von A.N. Twerdochlebow herausgegebene Sammelband "Über die Bedingungen in der Haft".

Wir wollen nicht nur darauf hinweisen, daß entgegen den heuchlerischen Behauptungen des "Arbeits- und Besserungskodexes" der RSFSR der Freiheitsentzug nicht nur körperliche oder seelische Folter bedeutet. Derselbige Kodex und andere Instruktionen und Verordnungen, die das Regime in den Haftanstalten regeln, auch die Hungerstrafe enthalten. Obwohl die Häftlinge auch sonst halb verhungert sind, bekommen sie im Straf-Karzer nur jeden zweiten Tag ein warmes Essen, dazwischen nur Wasser und Brot. Gemäß demselben Kodex erhalten die bestrafte Häftlinge kein Bettzeug, also auch keine Decken für die Nacht. Doch in keinem Kodex wird vermerkt, daß viele Karzer nie geheizt werden.

Den besten Beweis für die Unmenschlichkeit der Haftbedingungen liefern die Machthaber selbst: jedwede Mitteilungen über die innere Ordnung, die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Straflagern sind strengstens verboten.

Heute haben unsere Freunde in einigen Lagern Mordwiniens und in Gebiet Perm ein- und zweitägige Hungerstreiks erklärt. Einige Forderungen der Hungerstreikenden wurden bekannt. Dazu gehören:

- die Anerkennung eines besonderen Status für politische Gefangene im Unterschied zu den militärisch politischen Häftlingen (Kriegsverbrechern) und Kriminellen,
- Aufhebung der Beschränkungen des Briefwechsels, auch mit dem Ausland,
- Einstellung der Zwangsarbeit und der pflichtmäßigen Normerfüllung,
- Aufhebung der Beschränkungen für Pakete und mitgebrachte Geschenke,
- vollwertige ärztliche Versorgung, auch durch Fachärzte, darunter ausländische Fachleute,
- Ausgliederung der ärztlichen Versorgung aus der Verwaltung des Ministeriums des Innern,
- sichere Möglichkeit für schöpferische Arbeit für Schriftsteller, Wissenschaftler, Künstler,
- mehr Verwandtenbesuche, Besuchserlaubnis für Freunde,
- Erlaubnis auf Eheschließung,
- Erlaubnis, im Lager und mit Besuchern die Muttersprache zu gebrauchen.

In dem wir den Journalisten Berichte über die Straflager und die wichtigsten Dokumente übergeben, die von den Häftlingen mit ungeheurem Risiko als Kassiber in die Freiheit gesandt wurden, bitten wir, daran zu denken, daß deren Verfassern die Rache der Strafvollzugsbehörden droht. Unsere Freunde nehmen bewusst dieses Risiko auf sich. Die Veröffentlichung oder Erklärungen und Briefe geschehen nach ihren Willen. Ein Versuch, sie vor einer grausamen Strafe zu bewahren, ist die Pflicht jener, die in Freiheit leben - das ist unsere und eure Pflicht.

30. Oktober 1974

Die Initiativgruppe für die Verteidigung der Menschenrechte in der UdSSR:

Tatjana Welikanowa
Sergej Kowalew
Grigorij Podjapolskij
Tatjana Chodorowitsch

Quelle: Materialien des Samisdat

erstmals publiziert:

IGFM: "Dokumente - Probleme der Menschenrechte" Nr. 1/1975